

Rechtliche Regelungen zu Grund und Boden noch im Juni in Aussicht

Wohneigentum und Mieterschutz

Von MICHAEL BAUFELD

Was wird aus dem Eigentum, aus dem Vermögen der DDR-Bürger? Diese Frage darf wohl als die strittigste auf dem Weg ins einig Vaterland gelten.

Jahren - insbesondere auch im Grundstücksrecht - Ansprüche irgendwelcher Art. Das bedeutet, daß zum einen derjenige Eigentümer eines Grundstücks wird, der 30 Jahre im Grundbuch als solcher eingetragen ist.

Eigentum an Grund und Boden und Wohnungen. Sie plädiert für eine Freigabe des Bodenmarktes, wiewohl vor den Gefahren gewarnt werden wird.

Eigentumsfragen standen auch im Mittelpunkt einer deutsch-deutschen Fachtagung „Bodenrecht und Städtebau“ am Dienstag in Kleinmachnow.

Bei Grundstücken, die in staatlicher Treuhanderschaft verwaltet wurden, plädiert die Kommission für eine Rückgabe. Bei erzwungenen Eigentumsverträgen, z. B. vor einer Ausreise aus der DDR, soll eine gerichtliche Nachprüfung möglich sein.

Minister Viehweger informierte darüber, daß dem Ministerrat die Entwürfe eines Gesetzes über Wohneigentum und über die Übergabe von Grund und Boden an die Baugesellschaften vorliegen.

Wie sieht es nun künftig mit dem Eigentumsverwerb aus? Die Expertenkommission empfiehlt die Entwicklung insbesondere von kommunalem und privatem

SPD-Note „mangelhaft“ für Treuhandgesetzentwurf

Berlin (ND-Kittan). „Das ist fast ein Grund, die Koalitionsfrage zu stellen.“ Zu diesem Schluß kam der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Frank Bogisch, als er am gestrigen Dienstagabend im Hause der Parlamentarier seine sozialdemokratische Bewertung des sogenannten Treuhandgesetzentwurfs der CDU den Medienvertretern vorstellte.

Note „mangelhaft“ an den Wirtschaftsminister zurückgegeben werden. „Das „müßte“ deutet an, daß die SPD noch versucht, ihre Vorstellungen durchzusetzen.

In der dazu übergebenen Presseerklärung heißt es: „Dem jetzt vorliegenden Entwurf zum Treuhandgesetz kann die SPD-Fraktion nicht zustimmen.“

Nach Auffassung der SPD verstößt dieser Entwurf sowohl gegen die Koalitionsvereinbarung der DDR-Regierung als auch gegen den Staatsvertrag.

Überprüfung der Parteivermögen

Anwalt leitet Kommission

Berlin (ADN/ND). Mit der Berufung des Berliner Rechtsanwalts Georg Reinicke zum Vorsitzenden wird die unabhängige Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen umgeben.

auftragten der sieben in der Volkskammer vertretenen Fraktionen auch Experten aus Wirtschaftsprüfungs-Unternehmen sowie Bankfachleute angehören.

Pressekonferenz zum Sozialhilfegesetz

Knapp ja, aber angemessen?

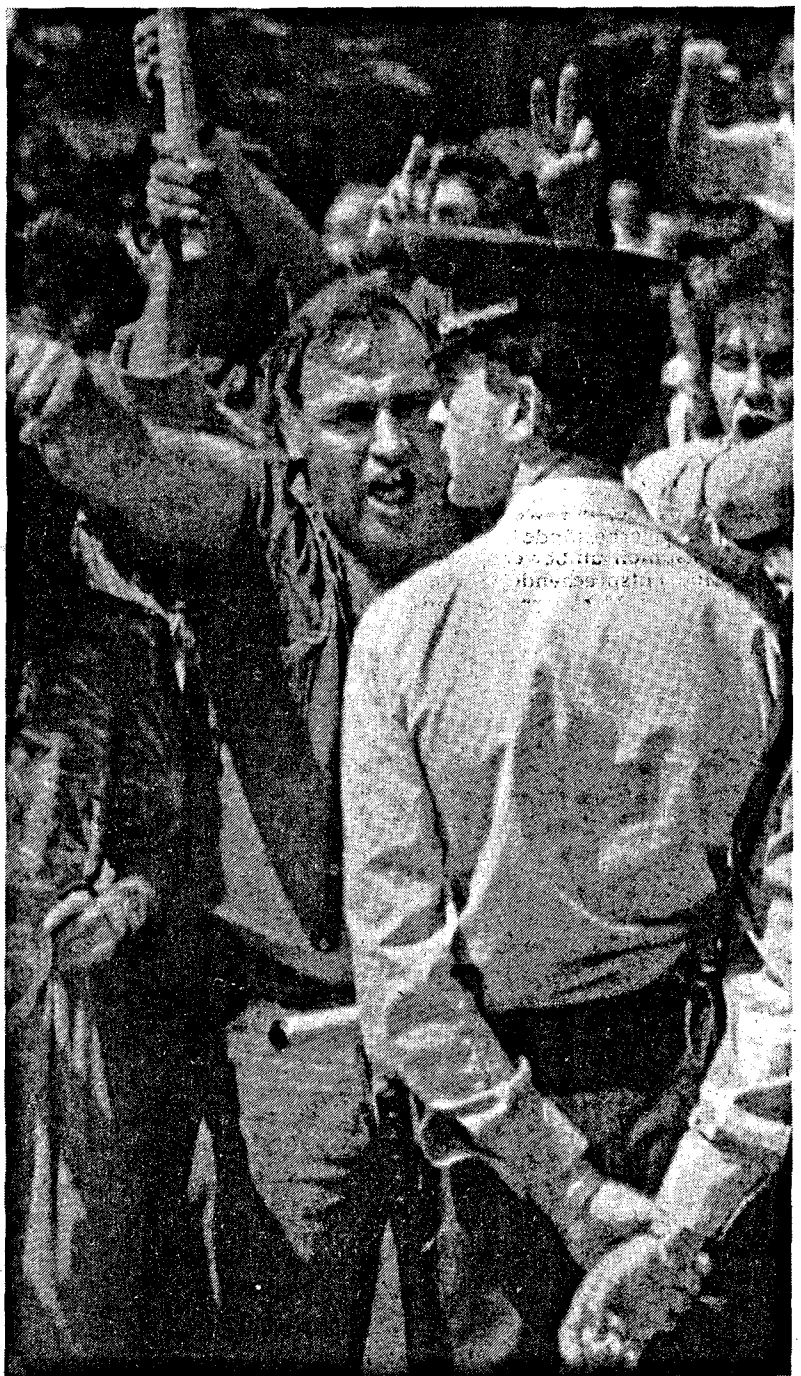
Berlin (ND-Fischer). Am 2. Juli 1990 erhält die DDR ein Sozialhilfegesetz. Die vorgesehenen Sätze seien zwar knapp, aber angemessen, war aus dem Munde von Frau Dr. Christa Schmidt, Ministerin für Familie und Frauen, am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Berlin zu hören.

werden. Für sie stünden im zweiten Halbjahr 1990 rund 300 Millionen DM bereit. Im kommenden Jahr rechne man mit Aufwendungen von etwa einer Milliarde DM.

Die Empfänger von Sozialhilfe können, so wurde weiter informiert, Geld erhalten, das einmalig, aber auch monatlich gezahlt werden kann.

Im Ministerium für Familie und Frauen gehe man davon aus, daß zunächst etwa 300 000 Bürger des Landes betroffen sein

Bulgariens Opposition: Vereint gegen BSP



Wut der Opposition über einen vermeintlichen Wahlbetrug. Telefoto: ADN/dpa

Sofia (ND-Hentges). Die bulgarische Hauptstadt in der Nacht zum Dienstag: Studenten streiken, Schweigegarnsch mit Kerzen auf dem Platz des 9. September.

Die zentralen Wahlkommissionen einen Beschluß betreffs aller festgestellten Verletzungen des Wahlgesetzes faßt. Blockiert ist eine der meistbefahrenen Kreuzungen der Stadt, und es kommt zu Stockungen im Verkehr.

Die Auszählung geht nur langsam voran, was Unmut und Ungeduld auf den Siedepunkt treibt. Premier Lukanow forderte seine Landsleute zu Vernunft und Toleranz auf.

Für das insgesamt relativ schwache Abschneiden der Oppositionellen wird allgemein ihr Wahlkampf verantwortlich gemacht, der sich häufig in Attacken gegen die Kommunisten erschöpfte.

Angesichts des Erfolges der BSP rücken ihre Gegner vor der zweiten Wahlrunde am kommenden Sonntag enger zusammen.

DDR-Ministerin auf Genfer ILO-Tagung

Vor „enormen Problemen“

Genf (ADN). Die Situation der DDR wenige Wochen vor der Umstellung auf die soziale Marktwirtschaft ist sehr kompliziert, erklärte die Ministerin für Arbeit und Soziales der DDR, Dr. Regine Hildebrandt, am Dienstag vor dem Plenum der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

als einer Million Menschen, das zu sozialem Gefälle und neuen Abwanderungswellen in die BRD führen könnte.

Regine Hildebrandt erläuterte das Sofortprogramm der DDR-Regierung zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Dazu gehörten Finanzierung von Umschulung und Fortbildung, Starthilfen für freie Bildungsträger, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie finanzielle Stützungen von Arbeitsplätzen für sozial Schwache.

Baltische Präsidenten sprachen mit Gorbatschow

Moskau (ADN). Der Föderationsrat der UdSSR hat am Dienstag in Moskau unter der Leitung von Staatspräsident Michail Gorbatschow Fragen der Reform der UdSSR beraten.

auch die Präsidenten der drei baltischen Republiken, Vytautas Landsbergis (Litauen), Anatoli Gorbunow (Lettland) und Arnold Rüütel (Estland), teilgenommen.

Am selben Tag waren Michail Gorbatschow und UdSSR-Premier Nikolai Ryschkow mit Landsbergis, Gorbunow und Rüütel zu einem gesonderten Gespräch zusammengetroffen.

Der „Fall Bartoncik“ zieht Kreise

Von unserem Korrespondenten FRANK GRUBITZSCH

Prag. Mitte Mai veröffentlichte die österreichische Zeitschrift „Profil“ einen aufsehenerregenden Artikel, der den Vorsitzenden der Volkspartei (ČSL) und Vizepräsident des Parlaments, Bartoncik, enger Zusammenarbeit mit der ehemaligen Staatssicherheit (STB) bezichtigte.

wesen sei. Seine Berichte unter anderem über Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ soll er zum Teil direkt an die früheren KPTsch-Spitzenfunktionäre Jakaš und Indra geliefert haben.

Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale aber teilte Vizeinnenminister Ruml mit, daß Bartoncik unter dem Decknamen „Hajak“ zwischen 1971 und 1988 für die Staatssicherheit tätig gewesen sei.

unmittelbar nach den Wahlen überraschend seinen Rücktritt. Er bekannte, eine Verpflichtungserklärung für die STB unterschrieben zu haben.

Dubna-Einsatz von Frau Albrecht bestätigt. Moskau (ADN). Ein leitender Mitarbeiter des internationalen Kernforschungszentrums Dubna hat jetzt bestätigt, daß die mutmaßliche RAF-Terroristin Susanne Albrecht dort während ihres UdSSR-Aufenthaltes gearbeitet hat.

Gesamt-SPD - wer führt sie?

Bonn (ADN). Im Wirrwarr um den künftigen Vorsitzenden einer gesamtdeutschen SPD gab es am Dienstag keine Klärung.

parteitag“ von West- und Ost-SPD werden sollte, dann einen „einmütig abgestimmten Vorschlag“ unterbreiten werden.

Lafontaine als auch Parteichef Vogel ein Interesse. Laut dpa wollen beide einvernehmlich klären, wer den Vorsitz einer gesamtdeutschen SPD übernimmt.

Griechenland unter extremer Hitze / Temperaturen nahe 40 Grad

Mit der Sonnenglut kamen Feuersbrünste

Berlin (ND-Kollewe). 35 Grad am Dienstag, 40 Grad die Prognose für den heutigen Mittwoch - Griechenland und insbesondere der Großraum Athen besonders unter extremer Hitze.

Flammen ständig an, machen es dem Löschkommando unmöglich, die Brände unter Kontrolle zu bringen.

Droht Griechenland eine ökologische Katastrophe? Diese Frage wird, so scheint es, jedes Jahr neu gestellt. Ende des 18. Jahrhunderts waren etwa 50 Prozent des Territoriums von Wald bedeckt.

reich weg, die heißen Sommerwinde tun dann ein Übriges.

Wies jedes Jahr wird umfangreiche Ursachenforschung betrieben. Leichtsinn nennt man, Blitzschlag, Funkenflug durch Landwirtschaftsmaschinen oder Kurzschlüsse an Hochspannungslinien.

Neues Polizeigesetz noch im III. Quartal

Berlin (ADN/ND). Ein neues DDR-Polizeigesetz, das bis 1968 ablösen soll, werde wahrscheinlich noch im III. Quartal den gesetzgebenden Organen vorgelegt.

Gewerkschaftsfusion

Leipzig (ADN). Die DDR-Gewerkschaft Wissenschaft und die bundesdeutsche Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) werden sich im Herbst dieses Jahres zusammenschließen.

Brinksmeier Staatssekretär?

Berlin (ND). Wie der SPD-Pressedienst mitteilt, will die SPD-Volkskammerfraktion Dankwart Brinksmeier als Staatssekretär im Innenministerium der DDR vorschlagen.

Auf Konflikt gefaßt

Berlin (ND-Fleischmann). Die katholischen Bischöfe der

DDR wandten sich am Dienstag in einer scharfen Erklärung erneut gegen die gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch.

Expertentreffen an der Bergakademie

Freiberg (ADN/ND). Mit einem Vortrag zur Zukunft der deutschen Stahllindustrie in einem geeinten Europa begann am Dienstag der XXI. Berg- und Hüttenmännische Tag an der Bergakademie Freiberg.

Geldkarten behalten ihre Gültigkeit

Berlin (ADN/ND). Während die in der DDR üblichen Geldkarten auch nach der DM-Einführung ihre Gültigkeit behalten (ab 9. Juli sind mit ihnen wieder alle Leistungsangebote realisierbar), entscheiden über die Annahme von Kundenschecks zur Bezahlung die Handelsbetriebe ab 1. Juli in eigener Regie.

International

Volkskammer-Vertreter in Großbritannien

London/Stockholm (ADN). Die Delegation der Volkskammer der DDR, die gegenwärtig zu einem viertägigen Besuch in Großbritannien weilt, ist am Dienstag in London mit Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses des Unterhauses zusammengetroffen.

Mandela mit Besuch in Bonn zufrieden

Bonn (ADN). ANC-Vizepräsident Nelson Mandela hat seine Gespräche mit führenden bundesdeutschen Politikern als „sehr erfolgreich“ gewertet.

Kinderarztpraxis mit Tränengas überfallen

Gaza (ADN). Israelische Soldaten haben am Dienstag im Gaza-Streifen in die überfüllte Praxis eines Kinderarztes Tränengasgranaten geworfen.

Kinderarztpraxis mit Tränengas überfallen

Mandela forderte Bonn auf, den ANC auch materiell zu unterstützen. Es gelte, 20 000 im Ausland lebende politische Exilanten nach Südafrika zurückzuholen.

Luftraumverletzte ließ Gorbatschow grüßen

Moskau (ADN). Eine in deutsch verfaßte Botschaft und Blumen hat ein unbekannter Pilot wahrscheinlich aus der BRD auf der Landebahn des Flughafens der Schwarzmeerstadt Batumi deponiert.

Bundesdeutsche aus Liberia evakuiert

Bonn/Genf (ADN). Die ersten 62 von insgesamt 140 bundesdeutschen Beschäftigten der Bong-Eisenerzmine sind am Dienstag aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Liberia evakuiert worden.